

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG 24, FUCHOVA 42. TELEFON 3367. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUS. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Sonntag, 11. November 1934

Nr. 265

Fernost-Armee gerüstet

Moosau. (Gavas) Der Oberkommandant der sowjetrussischen Sonderarmee im Fernen Osten, General Blücher, hielt in Chabarowsk eine Rede, in der er erklärte, daß er bei der kürzlich vorgenommenen Inspektion der Sowjetarmee im Fernen Osten festgestellt habe, daß diese Armee einwandfrei vorbereitet sei. „Wenn wir noch die Tatsache hinzufügen“, sagte der General, „daß die technische Ausrüstung hervorragend ist, so können wir erklären, daß unsere Grenzen im Fernen Osten wie mit einem Schlüssel abgesehen sind und daß wir die Ruhe an allen Grenzen unseres Landes sichern können.“

Ribbentrop in fieberhafter Tätigkeit

Hitlers Sonderbeauftragter Freiherr von Ribbentrop hat dem Lordsealbewahrer Eden einen Besuch abgestattet, dem Montag eine zweite Unterredung folgen soll. Es handelt sich um Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund und um die Aufrüstung. Angeblich bietet Hitler einen Sicherheitspakt, wenn die Abrüstungsklauseln des Friedensvertrages aufgehoben werden. Vor allem geht es in dem Spiel zwischen Berlin und London aber wohl darum, Hitler möglichst günstige Bedingungen für eine legale Aufrüstung zu schaffen, solange noch das Kabinett Macdonald im Amt ist, also vor dem zu erwartenden Sieg der Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen.

Die politische Woche

In der abgelaufenen Woche ist unwiderleglich die Tatsache in Erscheinung getreten, daß die Tschechoslowakei mitten in der faschistischen Brandung ein demokratisch regiertes Land ist, das den Willen hat, an diesem demokratischen Fundament auch festzuhalten. In der großen politischen Aussprache, die durch den Ministerpräsidenten und den Außenminister eingeleitet wurde, konnten die Vertreter aller im Staate wirkenden Richtungen zu Worte kommen, um zu den Grundproblemen des Staates, seiner Sozialpolitik und seiner Wirtschaft Stellung zu nehmen. Ideologische Gegensätze gerieten aneinander, der Machtkampf zwischen den Vertretern der bürgerlichen und der sozialistischen Weltanschauung trat deutlich in Erscheinung. Es hat sich gezeigt: Zum Unterschied von den Diktatur-Staaten haben wir eine Volksvertretung, sie lebt und sie bringt den Willen aller Schichten der Bevölkerung zur Geltung.

Die Exposees wurden mit großer Mehrheit von beiden Kammern angenommen und damit die Grundzüge der Regierungserklärung gebilligt, die — und das ist wieder das Entscheidende — vorher von einem Kollektivum, von der Regierung und der Opposition beschlossen wurde. Das unterzeichnete von der Diktatur rings um uns, wo der Gott von einem Kollektivum, von der Regierung und der Opposition beschlossen wurde. Das unterzeichnete von der Diktatur rings um uns, wo der Gott von einem Kollektivum, von der Regierung und der Opposition beschlossen wurde.

Die Regierungserklärung ist an dem Notstand der Waffen nicht achlos vorbeigegangen; sie hat zu den brennenden Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik Stellung genommen und den Willen der Regierung und der gesamten Koalitionsparteien bekundet, von oben tatkräftig einzugreifen. Das Parlament wird verlangen, daß die Regierungserklärung in die Tat umgesetzt wird.

Unmittelbar nach Schluß der Parlamentsdebatte begann die Debatte im Budgetausschuß, die diesmal nur eine kurze Generaldebatte brachte, da die großen allgemeinen Probleme ja schon in der Aussprache im Plenum ausreichend behandelt worden waren.

Während der Budgetausschuß tagt, wird der Senat neben dem neuen Automobilgesetz, das bis auf drei sozialpolitische Bestimmungen schon beantragt ist, noch einige kleinere Vorlagen behandeln. Die Regierung wird inzwischen die Arbeiter- und Vorlagen, die in ihrer programmatischen Erklärung angekündigt waren, vorzubereiten und in den nächsten Tagen zu machen haben. Diese Arbeiten betreffen alle Gebiete des öffentlichen Lebens.

Außenpolitisch bleibt die Situation weiter ungeklärt und ungelöst, wozu auch der Regie-

rungswechsel in Frankreich beitragen dürfte. Im Mittelpunkt der internationalen Lage steht nach wie vor Deutschland, das in seiner Isolierung ratlos und infolge seiner faschistischen Ideologie unfähig ist, die Probleme zu meistern, durch die es nicht nur die internationale Lage verschärft, sondern auch sich selbst in kritische Situationen verstrickt.

Innerpolitisch geht der Kampf zwischen den demokratischen Parteien und den in den nationalistischen Ideenzirkel fallenden Gruppen im deutschen wie im tschechischen Lager weiter. Die Erkenntnis, daß die Wahlen in Pilsen und Pechbist lokal beeinflusst waren, ist allgemein geworden.

Um so offenkundiger tritt darum die außerordentlich große Bedeutung und der grandiose Erfolg unserer Kundgebungen vom letzten Sonntag hervor. Selbst die gegnerischen Parteien im tschechischen Lager müssen die für sie verblüffende Tatsache der Stärke der deutschen Sozialdemokratie zugeben, während die deutschbürgerlichen Parteien dieser Tatsache teils ratlos gegenüberstehen, teils darüber mit allerhand hinterhältigen Hinwegzuleiten bemüht sind. Das traurigste Bild bietet diesmal aber die Volkspresse, die da glauben machen will, die ganzen Manifestationen seien aus dem vermeintlichen „Millionenfonds“ der Sozialdemokratie gespeist und die damit die trotigen Demonstranten des 4. November als lässlich und gelaßt hinstellen möchte. Daß die Arbeiter im Gegensatz zum Bürgertum noch eine Ueberzeugung haben und für sie auch zu kämpfen und schwere Opfer zu bringen verstehen, das sind Tatsachen, die in gewisser Schriftleitergehörne nur einmal nicht hineingehen!

Unsere Arbeiter sind von dem starken Erfolg unserer Demonstrationen erfreut, die uns freilich unsere Bewegung gestärkt und der deutschen Sozialdemokratie in der Politik des Staates jenen Platz gesichert haben, der ihr nach ihrer Stärke und vor allem nach ihrer einzigartigen vorbildlichen Arbeit auch gebührt!

Betonter Friedenswille Englands

Indirekte Schützenhilfe Macdonalds für das Dritte Reich

London. Bei dem Lordmayor-Bankett in der Guildhall am Freitag Abend erklärte Premierminister Macdonald in seiner Rede u. a.: Frieden ist die Hauptforderung der Zeit. Ich freue mich, sagen zu können, daß wir in Verbindung mit Frankreich und Italien unseren Einfluß zugunsten friedlicher Verhältnisse geltend gemacht haben. Wir haben in unserer Unterstützung für den Völkerbund nicht einen Schatten breit nachgelassen.

Wir werden weiterhin die Abwesenheit Deutschlands bedauern. Unsere Regierung wird niemals aufhören, dem deutschen Volke nachdrücklich vor Augen zu führen, daß es sich nicht helfen wird in dem „Allein bleiben“. Die anderen Völker werden weiterhin als Prüflinge für alle deutschen Friedensversicherungen angesehen, ob Deutschland willens ist, sich uns und den Völkerbundberatungen anzuschließen.

Laßt uns zusammen in der Öffentlichkeit sprechen! Laßt uns übereinkommen und zusammenwirken, um den Frieden herbeizuführen!

Die Regierung hat während der allerletzten Tage mit großer Genugtuung Erklärungen erhalten, die sie offen annimmt und die in vielen Kreisen Europas die Nurch beseitigen, daß das, was eine friedliche Abstimmung im Saargebiet sein müßte, sich in ernste Unruhe ver wandelt und zu einer bewaffneten Intervention zur Aufrechterhaltung der Autorität des Völkerbundes führt. Die Zusicherungen, die veröffentlicht worden sind, möchten jetzt die verantwortlichen Behörden des Saargebietes, in deren Unparteilichkeit wir, wie es meine Pflicht ist, zu erklären, volles Vertrauen haben, instand setzen, eine friedliche Entscheidung von Seiten der Wähler dieses Bezirkes zu überwachen und zu registrieren.

Macdonald gab dann seiner Entäu-

Sudetendeutsche Volksfront

Mit der demokratischen Republik für Freiheit und Brot
Die Bilanz des 4. November

Der 4. November hat den Nebel zerrissen, der in den letzten Monaten über die sudetendeutsche Politik gelagert war. Die Konturen der politischen Machtverteilung im deutschen Lager sind wieder klar abgezeichnet. Die unerschütterliche Position und die konsequente Marschrichtung der deutschen Arbeiterbewegung sind vor Freund und Feind kundgetan worden. So war der 4. November nicht nur ein Ruhmestag der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch ein Ereignis in der tschechoslowakischen Innenpolitik, dessen Bedeutung eine abschließende Würdigung verdient.

Die Geschlagenen

Eine schwere Niederlage hat am 4. November die kommunistische Partei erlitten. Ihre eigenen Mitglieder und Anhänger streikten wieder einmal gegen die Parolen der bankrotteten Führung. In der „Roten Fahne“ war hochtrabend angekündigt worden, daß sich die Kommunisten mit eigenen Fahnen und Standarten beteiligen und für ihre eigenen Parolen demonstrieren würden. Nun besteht ja längst kein Zweifel mehr über den organisatorischen Verfall dieser Partei, aber es ist doch bekannt, daß sie in jedem Industriegebiet noch über einige hundert aktiver Anhänger verfügt. Selbst diese haben versagt. Daß davon in allen Demonstrationen entweder garnichts oder höchstens ein bis zwei Dutzend geschlossen auf die Beine zu bringen waren, ist eine niederschmetternde Antwort der kommunistischen Arbeiter an die kommunistische Parteiführung gewesen. Außerdem haben die sozialdemokratischen Massen so eindeutig ablehnend auf die Angebote der

„Roten Fahne“ geantwortet, daß man mit Recht sagen kann, der 4. November habe ein gutes Stück Klärungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft vollbracht.

Die Blamierten

Fast der ganze Inhalt der letzten Geniehkundgebung ist den Kundgebungen des 4. November gewidmet. Darin steht ein unfreiwilliges Eingeständnis, daß der Theatercoup von W. Leipa durch die Wucht der sozialdemokratischen Gegenaktion vollständig in den Hintergrund gedrängt worden ist. Die autokratischen Herrschen von der Heimatsfront, scheinen aber noch immer nicht zu wissen, wieviel die Uhr geschlagen hat. Sie schreiben sich die Finger wund, um den gewaltigen Eindruck unserer sechs Aufmärsche zu verkleinern.

Es gehört ja zu ihrem politischen Totalitätsanspruch, den Marxismus unter allen Umständen sterben zu lassen. Den sozialen Krisenforderungen der Arbeiterschaft: fest das Henlein-Blatt das hohle Gefummel von Kameradschaft und Solidarität entgegen. Mit Rücksicht auf ihre kapitalistischen Gönner darf doch die Heimatsfront weder einen klaren Standpunkt zur 40-Stundenwoche, noch zur Erweiterung der Krisenfürsorge einnehmen. Dagegen wird bombastisch eine private Hilfsaktion der bürgerlichen Organisationen für die Arbeitslosen angekündigt. Das soll wahrscheinlich geschehen, um die Aktion „Demokratie für das Kind“ in deutschbürgerlichen Kreisen besser sabotieren zu können. Wenn das ominöse Wort Demokratie nicht mit dem sozialen Hilfsproblem in Verbindung steht, werden vielleicht die wohlhabenden Bürger von der Heimatsfront mal in die Tasche greifen. Wir haben gar nichts dagegen, wenn diese Kreise im fünften Krisenwinter endlich begreifen, daß auch sie soziale Verpflichtungen gegen die arbeitslosen Volksgenossen haben. Mit privater Wohlthätigkeit ist indessen das Arbeitslosenproblem nicht zu lösen. Die Arbeitslosen fordern keine Almosen, sondern Arbeit und soweit diese nicht geboten werden kann, eine halbwegs ausreichende öffentliche Fürsorge. Dazu hat Henlein in Leipa geschwiegen und wird weiter schweigen, weil eine soziale und anti-demokratische Bewegung eben kein soziales Programm haben kann. Den Nachm. am 4. November auch die sozialen Schicksalsprobleme des Sudetendeutschtums aufgerollt und den Kopfband der deutschen Grenzgebiete in den Vordergrund der Innenpolitik gerückt zu haben, werden die polemischen Künste der „Kundgebung“ uns nicht streitig machen. Keine hochtrabenden Worte werden den Generalsäbeln der Heimatsfront über ihre Blamage hinweghelfen.

Die Betroffenen

Bemerkenswert ist auch, daß die Propagandastellen des Dritten Reiches auf die Kundgebungen des 4. November nur mit verlegenen Schweigen zu antworten wissen. Während der Kundgebung und die Presse des Herrn Goebbels von der Leipziger Parade entzündet waren, scheint das angesichts der gewaltigen Aufmärsche der sozialistischen Republikaner im Grenzgebiete weniger der Fall gewesen zu sein. Schließlich haben wir dem Herrn Hitler auch nicht nach dem Runde geredet. Ohne Ueberhebung darf schon gesagt werden, daß das Ansehen der Republik im demokratischen Ausland durch die großen republikanischen Manifestationen der deutschen Bevölkerung neuerdings gewonnen hat. Es paßt nicht ins Konzept der Berliner Auslandspropaganda, daß in Karlsbad 25.000, in Bodenbad 20.000 und in Jägerndorf 15.000 deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen mit Standarten „Es lebe Masarik!“ aufmarchierten. Der Geist unserer Kundgebungen ist auch im Ausland richtig verstanden worden.

Hin zum Staate!

Der Generalsekretär der tschechischen Sozialdemokratie, Genosse Senator Duna hat in Bodenbad eine klare politische Lösung geprägt, unter der die deutschen und die tschechischen Republikaner

